

Spielberger

POSTWURFSENDUNG
im Sinne des Parteiengesetzes
17A041111 E



Nachrichten

Nummer 31, Juli 2017

Österreichische Post AG • RM Wahlen 17A041111 E • 8020 Graz

Gemeindezeitung der KPÖ



*Wir wünschen allen
Spielbergerinnen und
Spielbergern einen
erholsamen Urlaub und
einen schönen Sommer!*



Ihre KPÖ-GemeinderätInnen



Erich Wilding



Sabine Bauer

Die KPÖ nimmt zu politischen Ereignissen
Stellung und ist in vielen Fragen aktiv.
Aber selten wird in den Medien darüber berichtet.

Unsere Homepage:
www.kpoe-steiermark.at

Murstegstraße: Schmal und schlecht befestigt



Der ganze Straßenbereich der Murstegstraße bis hin zur Murbrücke ist sehr schmal, die Bankette sind ausgefahren, und teilweise ist die Straßenkante sehr hoch.

Diese Straße wird von vielen AutofahrerInnen, SpaziergängerInnen und SportlerInnen benutzt. Die hohen Straßenkanten sind auch eine Gefahr für RadfahrerInnen. KPÖ-GR Erich Wilding hat die Probleme in den Gemeinderat eingebracht. Der Bürgermeister versprach eine Prüfung.

Sanierung Frauenbachstraße

Der Auftrag zur Sanierung der Frauenbachstraße wurde beschlossen. Zusätzlich zur Oberflächensanierung wird die Fahrbahn auf sechs Meter verbreitert. Weiters werden undichte Betonschächte der Kanalisation und Wasserleitung getauscht.

Es gab sechs Anbieter. Der Auftrag erging um rund 523.300 Euro inkl. MWSt. an die Bietergemeinschaft BIGE Leithäusl - Hittaller+Trixl. Das billigste und das teuerste Angebot unterschieden sich um rund 76.200 Euro. Das sind knapp 15 Prozent Preisunterschied.

Bei anderen Auftragsvergaben waren die Unterschiede noch größer. Bei der Sanierung des Linderweges waren es knapp 62 Prozent, bei der Sanierung Volksschulstraße/Kirschweg rund 65 Prozent. Bei diesem Bauauftrag legte die Firma Kostmann, die beim Linderweg noch das deutlich beste Angebot gelegt hatte, das bei weitem teuerste vor.

Es stellt sich für uns die Frage auf welcher Basis die Preise kalkuliert werden? Ein Angebotsunterschied von rund 15 Prozent ist zwar nicht mehr so krass wie bei den vorherigen Vergaben, aber auch 76.200 Euro sind ein großer Unterschied.

Wir haben vor einigen Monaten angeregt, die Gemeinde solle in Sachen Bauauftragsvergaben die Meinung von unabhängigen Experten, z.B. vom Land, einholen.

Wie viel an Lustbarkeitsabgabe wird für das Rolling Stones-Konzert bezahlt?

Am 16. September kommen die Rolling Stones nach Spielberg. Viele freuen sich schon auf dieses Konzert. Es werden viele Menschen in unsere Region kommen. Die Karten sollen schon beinahe ausverkauft sein.

Für solche Veranstaltungen muss auch eine Lustbarkeitsabgabe bezahlt werden. Diese Steuer ist an die Gemeinde zu entrichten. Der gültige Satz in der Gemeinde Spielberg sind fünf Prozent des Eintrittspreises. Bei diesem Konzert werden große Summen umgesetzt. Die billigste Karte kostet weit über hundert Euro.

Mit dem Projekt Spielberg hat die Gemeinde bezüglich der Lustbarkeitsabgabe eine Vereinbarung abgeschlossen. Die Abgabe wird in Form eines Pauschalbetrags bezahlt. Beim Rolling Stones-Konzert ist aber nicht das Projekt Spielberg der Veranstalter. In den Medien wurde die Firma „Barracudamusic“ als Veranstalter genannt.

Wenn so viele Menschen in unsere Region kommen bedeutet das, dass auch unsere Infrastruktur stark genutzt wird. Ein Beispiel: In Richtung Red Bull-Ring wurde der Rad und Gehweg ausgebaut. Die Finanzierung erfolgt je zu einem Drittel durch das Land, die Gemeinde und Red Bull. Die Gemeinde musste sogar einen Kredit aufnehmen um den Bau zu finanzieren. Diese Infrastrukturmaßnahme kommt natürlich allen Veranstaltern zugute. Deshalb ist auch ein deutlicher Betrag in Form der Lustbarkeitsabgabe an die Stadtgemeinde gerechtfertigt.

Wir haben uns im Gemeinderat in dieser Sache erkundigt. Der Bürgermeister antwortete, derzeit bearbeite die Bezirkshauptmannschaft die Veranstaltung. An die Gemeinde sei noch kein Veranstalter herantreten. Wir werden die Angelegenheit im Auge behalten.

Zur Information: Die Termine der nächsten Gemeinderatssitzungen:

Dienstag, 26.09.2017, 18.00 Uhr

Dienstag, 12.12.2016, 18.00 Uhr

Gemeinderatssitzungen sind für Interessierte öffentlich zugänglich

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld-Spielberg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Erich Wilding. Druck: Fa. Gutenberghaus, Knittelfeld.



gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, UW-Nr.946, 8720 Knittelfeld

Aus dem Gemeinderat

VS Lind Spiel- und Sportplatz
Die Neugestaltung des Spielplatzes in der Volksschule Lind wurde von 2016 auf das heurige Jahr verschoben. Nun wurden Baumaßnahmen im Auftragswert von rund 76.550 Euro inkl MWSt. beschlossen. Der Bauauftrag umfasst die Erneuerung des Spiel- und Sportplatzes, die Errichtung von Parkplätzen und die Fahrbahnerneuerung auf der Länge des Spielplatzes. Der Auftrag ging an die Firma Hittaler+Trixl. Die Gemeinde bekommt vom Land eine Bedarfszuweisung von 40.000 Euro.

Straßenfugen-Sanierung
Die Firma Klöcher-Bau Ges.m.bH. wurde mit der Sanierung einiger Gemeindestraßen mittels Fugenverguss beauftragt. Dafür ist im Budget eine Summe von 10.000 Euro vorgesehen. Die Kosten für einen Laufmeter betragen 4,62 Euro inkl. MWSt.

Ulmenstraße
Die Ulmenstraße wird nun als „Begegnungszone ausgewiesen. Damit ist Tempo 20 km/h, das Befahren durch Nicht-AnrainerInnen und das Abstellen von Fahrzeugen auf der Straße gestattet.

Gemeindeeigentum
Der Bürgermeister hat berichtet, dass sich derzeit rund 146.900 m² des Spielberger Gemeindegebietes im Eigentum der Gemeinde befinden.

Spielberger Nachrichten

In eigener Sache

Einige SpielbergerInnen haben uns eine Spende für unsere Zeitung geschickt. **Herzlichen Dank!** Der Druck und das Porto unserer Zeitung kosten viel Geld. Wenn Sie der Meinung sind, durch unsere Zeitung gut informiert zu werden, ersuchen wir Sie um eine Spende.

Unsere Bankverbindung:
 Steiermärkische Sparkasse,
 IBAN:
 AT052081526000000617

Liebe Spielbergerinnen und Spielberger!

Klimaschutz und Profitgier

Die erste Hitzewelle im Juni, Dürre, schwere Unwetter, große Verwüstungen und hohe Schäden - die Zeichen des Klimawandels sind unübersehbar. Solche extremen Wetterereignisse lassen erahnen, was in den nächsten Jahren auf uns zukommen wird.

KlimaforscherInnen rechnen mit Milliardenkosten durch Unwetter und Dürreschäden. In der Erdgeschichte hat es immer wieder Klimaveränderungen gegeben. Die Ursache der jetzigen Veränderung liegt in den Treibhausgasen unserer modernen Industriegesellschaft. Der Klimawandel vergangener Perioden hat zum Verschwinden ganzer Arten geführt.

Die Auswirkungen des Klimawandels sind spürbar. Davon, dass die verantwortlichen PolitikerInnen die Bedrohung wirklich ernst nehmen, ist leider wenig zu merken. Es gibt z.B. große Freude über die hohen Auftragsstände in der Flugzeugindustrie. In Österreich wird eine klimaschädliche Veranstaltung wie die Airpower mit Steuergeldern gefördert. Wenn das Höchstgericht den Bau einer weiteren Flughafenanbahn auf Grund des Klimawandels untersagt, setzt großes Jammern ein und es wird an eine Gesetzesänderung gedacht. In der Region setzt man auf den Red-Bull-Ring und den Motorsport. Es gibt sogar Bemühungen den Ring zu erweitern und die West-Schleife wieder zu aktivieren.

Dabei haben Veränderungen durch den Klimawandel bereits konkrete Auswirkungen auf die Gemeinde. Derzeit ist ein neuer Flächenwidmungsplan in Ausarbeitung. Das Land will zusätzliche Flächen, z.B. im Bereich der Burg, als Überschwemmungsflächen ausweisen. Denn auf Grund des Klimawandels ist mit häufigerem Starkregen zu rechnen. Damit sind mehr Flächen als bisher von Überschwemmungen bedroht. Entweder könnte dort nicht mehr gebaut werden, oder es werden teure Schutzbauten benötigt. Eine endgültige Entscheidung über die Ausweisung ist noch nicht gefallen. Das macht deutlich, in wie vielen Bereichen der Klimawandel seine Auswirkungen hat und dass das mit neuen Kosten verbunden ist.

Wir leben in einem kapitalistisches Wirtschaftssystem, in dem der Profit das oberste Ziel ist. Mensch und Natur werden ausgebeutet als ob es kein Morgen gäbe. Die Menschen werden mit Waren zugeschüttet und sollen rund um die Uhr konsumieren. Dass dieser Lebensstil an die Grenzen dessen führt, was für Natur und Umwelt verkraftbar ist, bekommen wir nun vorgeführt.

Der Klimawandel bedroht die Zukunft der Menschheit. Unsere Gemeinde ist seit 1994 Klimaschutzgemeinde. „Global denken - lokal handeln“ ist das Motto des Klimaschutzbundes. Handlungen nach diesem Motto vermisse ich leider bei den politisch Verantwortlichen meint...

... Ihr KPÖ-Gemeinderat Erich Wilding
E-Mail: erich.wilding@hotmail.com



20 Jahre Frauenvolksbegehren - und noch immer ist die Ungleichheit groß

Im April ist es 20 Jahre her, dass in Österreich das „Frauenvolksbegehren“ durchgeführt wurde. Rund 650.000 Menschen in unserem Land haben damals dieses Volksbegehren unterschrieben. Von den insgesamt 25 Volksbegehren, die in Österreich seit den 90er Jahren durchgeführt wurden, haben nur drei eine größere Resonanz in der Bevölkerung erzielt.



Das war ein klarer Auftrag an die Bundesregierung. Doch bei der Umsetzung der elf im Volksbegehren angeführten Punkte hat die Politik in Österreich wenig Eifer gezeigt.

Heute, 20 Jahre nach dem Frauenvolksbegehren, sind viele der darin erhobenen Forderungen noch genauso aktuell wie damals, wie zum Beispiel jene nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit. Die Lohnschere zwischen Frauen und Männern klafft nach wie vor weit auseinander - in der Steiermark um rund 24 Prozent - bei vergleichbarer Vollzeitbeschäftigung.

Die Bestverdienenden in Österreich sind männliche Beamte und männliche Angestellte. Am schlechtesten verdienen Arbeiterinnen. Warum Frauen weniger bezahlt bekommen, wird gerne damit begründet, dass sie eben in typischen „Frauenberufen“ beschäftigt seien. Doch es gibt keinen Grund, einer Frau, die sich beruflich mit der Betreuung und Erziehung von Kindern oder mit der Pflege betagter oder behinderter Menschen befasst, weniger zu bezahlen als einem Mechaniker oder einem Fernmeldemonteur.

Ein weiterer Punkt im Frauenvolksbegehren war die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn. Immer wieder wurde darüber geredet und geschrieben. Erfüllt ist diese Forderung bis heute nicht.

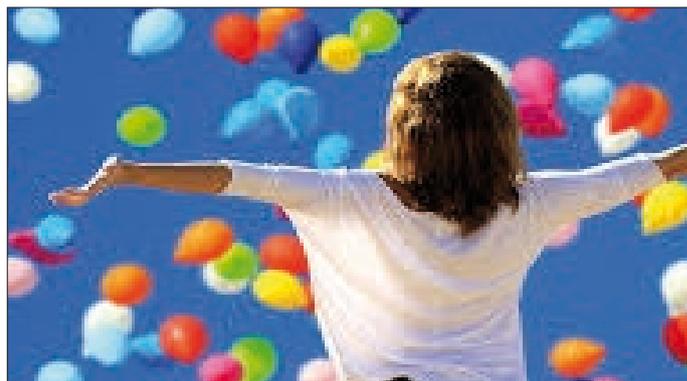
In Haushalt und Familie sind es nach wie vor die Frauen, die eine ungleich höhere Last zu tragen haben als Männer. Oft haben Frauen keine andere Wahl, als eine Teilzeitbeschäftigung anzunehmen. Dies liegt nicht zuletzt an mangelnden Kinderbetreuungseinrichtungen. Denn die im Frauenvolksbegehren geforderte ganztägige Betreuung für Kinder aller Altersgruppen ist längst noch nicht Realität. Und wollen Frauen später in die Vollzeitbeschäftigung zurückkehren, bleibt ihnen der Weg häufig versperrt. Die Forderung nach einem garantierten Rückkehrrecht zu Vollzeitarbeit

nach elternbedingter Teilzeitarbeit war schon vor 20 Jahren Thema. Schließlich ist Altersarmut die Folge eines niedrigen Lebensarbeitseinkommens.

Durchschnittlich sind Frauenpensionen in Österreich um rund 500 Euro netto monatlich niedriger als Männerpensionen. Die im Frauenvolksbegehren geforderte Grundpension über dem Existenzminimum für alle gibt es bis heute nicht. Notstandshilfe und Mindestsicherung werden noch immer vom Partnereinkommen abhängig gemacht. Auch hier sind zu meist Frauen die Leidtragenden. Sie werden in eine Abhängigkeit vom Partner gedrängt.

Erst wenn alle anderen Forderungen im Frauenvolksbegehren erfüllt wären, sollte das Frauenpensionsalter angehoben werden dürfen, so der formulierte Anspruch der InitiatorInnen des Frauenvolksbegehrens. Tatsächlich ist die schrittweise Anhebung des Frauenpensionsantrittsalters längst auf Schiene und wird sogar als Gleichstellungsmaßnahme im Interesse von Frauen dargestellt, obwohl viele Frauen ab 50 keine Beschäftigung mehr finden. Jahrelang müssen zahlreiche Betroffene als Arbeitslose ohne Perspektive auf ihre Pensionierung warten.

Man sieht also, es gibt noch so viel zu tun, bis Frauen und Männer in Österreich gleichberechtigt sind. Und deshalb werden wir von der KPÖ nicht leise werden, und zwar so lange nicht, bis wir eine Gesellschaft haben, in der Menschen unabhängig von Geschlecht, Herkunft, ethnischer Zugehörigkeit, Weltanschauung, Alter, sexueller Orientierung und Behinderung gleichberechtigt leben können.



Zwanzig Jahre nach dem letzten Frauenvolksbegehren hat sich eine überparteiliche Gruppe von Frauen zusammgefunden um ein neuerliches Frauenvolksbegehren zu starten.

Die KPÖ hat im Gemeinderat angeregt, die Gemeinde sollte dieses Volksbegehren bewerben. Der Bürgermeister versprach das wohlwollend zu prüfen.

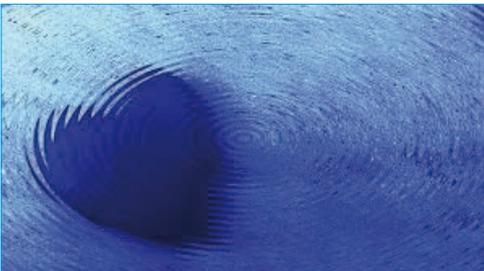
Brückensanierung



Die Gesamtkosten für das Projekt „Ingeringbrücken“ werden auf 500.000 Euro geschätzt. 40 Prozent der Kosten werden durch das Land gefördert. Rund 73.000 Euro an Förderung wurden bereits ausbezahlt. Die 2017 erfolgten Arbeiten werden mit rund 91.000 Euro unterstützt. Ein entsprechender Förderungsvertrag mit dem Land wurde im Gemeinderat beschlossen.



Wasserrechte



Die Flatschacher Wasserversorgung musste neu gebaut werden. Das Wasser aus der alten Versorgungsanlage durfte auf Grund des Arsengehalts nicht mehr als Trinkwasser verwendet werden. Die ÖVP hat einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, dass in den zuständigen

Ausschüssen abgeklärt werden soll, ob das Wasser aus der alten Anlage nicht anders genutzt werden könne.

Das Wasser aus der alten Anlage wird dem Bach zugeführt. Das Ansinen der ÖVP ist es, dieses Wasser an eine Genossenschaft zu übergeben, die einen Teil des Wassers zur Bewässerung landwirtschaftlicher Kulturen nutzen kann.

Bürgermeister Manfred Lenger erklärte, dass, solange er Bürgermeister sei, alle Wasserrechte bei der Gemeinde bleiben und keinesfalls abgegeben würden. Das ist eine Haltung, die wir sehr begrüßen. Die Abgabe von Wasserrechten der Gemeinde an Privatpersonen oder Genossenschaften darf niemals zugelassen werden. Dem Antrag wurde keine Dringlichkeit zuerkannt.

P.S.: Im ÖVP-Antrag steht auch zu lesen: „Auf der anderen Seite wird Wasser immer stärker im landwirtschaftlichen Bereich benötigt, wie auch die Versuche einzelner Interessensgemeinschaften zur Erlangung von Wasserrechten zeigen.“ Auch hier erweist sich, dass der Klimawandel auch vor Ort bereits konkrete Folgen hat und es bereits Bemühungen gibt, sich Wasserrechte zu sichern.

Aus dem Gemeinderat

Tagesbetreuung

Die „Kinderfreunde Steiermark“ führen die Tagesbetreuung der Kinder in der Volksschule Maßweg durch. Nun gibt es so viele Anmeldungen, dass mit einer zusätzlichen Gruppe zu rechnen ist. Die Kinderfreunde haben ein Anbot über Kinderbetreuung vorgelegt. Die Betreuung für eine Gruppe kostet rund 41.900 Euro, für zwei Gruppen kommt die Betreuung auf rund 54.600 Euro.

KPÖ-GR Erich Wilding hat ange-regt in Zukunft auch Angebote von anderen Organisationen einzuholen um einen Kostenvergleich zu haben. Der Bürgermeister hat zugesichert dies zu überdenken.

Sanierung L 503

Der Bürgermeister berichtete, dass die Landesregierung derzeit die Sanierung der L 503 (Rattenbergerstraße) plant.

Überdachung Bushaltestellen

ÖVP-Vize-BGM Bernd Lieb-minger hat angeregt alle Spielberger Bushaltestellen zu überdachen. Dieses Anliegen hat auch die KPÖ schon vor einiger Zeit in den Gemeinderat eingebracht. Es ist zu hoffen dass das neuerliche Ansprechen dieser Frage zu einer positiven Umsetzung führt.

Jagd-pacht

Der Bürgermeister berichtete, dass rund 2.466 Euro an Jagdpacht ausbezahlt wurden. Davon wurden rund 1.285 nicht abgeholt und fallen an die Gemeinde.

Fahrverbot

Für die „Red-Bull-Ring-Straße“ auf Höhe des Enzingerstadels wurde ein Fahrverbot mit Ausnahme von Anrainern und Berechtigten erlassen. Grund dafür war, dass dieser Weg öfter als Geländerennstrecke missbraucht wurde, Personen gefährdet waren und enorme Flurschäden entstanden sind.

Türkei Blockade macht deutlich, wie stark Österreich schon in NATO - eingebunden ist

Am 26. Oktober 1955 haben ÖVP, SPÖ und KPÖ im Nationalrat gegen die Stimmen der FPÖ-Vorgängerpartei VdU das Gesetz über die immerwährende Neutralität Österreichs beschlossen. Deshalb feiern wir am 26. Oktober den Nationalfeiertag. Vor dem EU-Beitritt wurde uns versprochen „Die Neutralität bleibt erhalten“. Inzwischen wurde sie scheinbar ausgehöhlt.

Als Antwort auf die österreichische Forderung nach Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei blockiert die Türkei nun die Teilnahme Österreichs an verschiedenen NATO-Auslandseinsätzen und Ausbildungsprogrammen. Damit wurde in der Öffentlichkeit deutlich, wie weit die Einbindung unseres Landes in NATO-Strukturen bereits fortgeschritten ist.

Derzeit sind rund 1.150 österreichische Soldaten in 17 Ländern außerhalb Österreichs im Einsatz, z.B. das Jagdkommando im Mittelmeer. Österreich beteiligt sich z.B. am „NATO Center of Excellent Mountain

Warfare“ in Slowenien, übt Umgang mit Kampfstoffen im tschechischen „NATO Center of Excellence“. Unsere Panzerfahrzeuge BvS 10 Hägglund sind in Afghanistan im Einsatz. Im Kosovo ist Österreich mit 500 Soldaten in einer NATO-koordinierten Mission beteiligt. Hans Peter Doskozil ist der erste österreichische Verteidigungsminister, der den NATO-Generalsekretär in seinem Hauptquartier aufgesucht hat und als Vertreter eines neutralen Landes beim NATO-Gipfel aufgetreten ist.

Die Neutralität hat Österreich viel Ansehen gebracht und viele politische und wirtschaftliche Möglichkeiten eröffnet. Österreich muss die noch vorhandenen Reste der Neutralität bewahren und versuchen die Neutralität durch eine aktive Neutralitätspolitik weiterzuentwickeln. Die Neutralität ist ein besseres Zukunftskonzept für die Menschen als die Teilnahme an Aufrüstung, Militäreinsätzen und Militärbündnissen. Deshalb ist es nur ein Vorteil, wenn die Türkei die Teilnahme Österreichs an NATO-Strukturen blockiert.

Der Nahe Osten brennt - und die USA liefern neue Waffen

Vor einigen Wochen wurde berichtet, dass US-Präsident Donald Trump einen riesigen Rüstungsdeal mit Saudi-Arabien abgeschlossen hat. Saudi-Arabien ist ein zutiefst undemokratisches Land, in dem der Wahhabismus, eine extreme Form des Islam, Staatsreligion ist. Vorerst geht es um Rüstungskäufe von rund 110 Milliarden Dollar.

In den nächsten zehn Jahren sollen weitere 250 Milliarden folgen. Unter anderem stehen Schiffe, Raketenabwehrsysteme, gepanzerte Fahrzeuge, Raketen, Sprengkörper und Munition auf der Rüstungseinkaufsliste.

Ein Sprecher des Weißen Hauses kommentierte, dass das Abkommen „Saudi-Arabiens Verteidigungsbedürfnis unterstützen“ solle. Neben den USA zählen die EU-Staaten zu den größten Rüstungsexporteurern an Staaten wie Saudi-Arabien, Katar, Vereinigte Arabische Emirate oder die Türkei. Und diese Staaten zählen wiederum zu den wichtigsten Finanziers und Waffenlieferanten für jihadistische Terrorgruppen.

Das hat selbst der ehemalige US-Vizepräsident Joe Biden offen bei einer Rede am 2. Oktober 2014 in Havard eingestanden: „Saudi-Arabien, Katar und die Türkei waren so entschlossen, Assad zu stürzen und einen sunnitisch-schiitischen Krieg zu führen, – was also taten sie? Sie schütteten jeden, der gegen Assad kämpfen wollte, mit Hunderten Millionen Dollar und Dutzenden, ja Tausenden Tonnen Waffen zu. Allerdings belieferten sie auch Leute von al-Nusra und al-

Qaida und die extremistischen Elemente der Jihadisten aus allen Teilen der Welt“.

Die Einmischungspolitik, die Kriege (Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien...) und die Waffenverkäufe von USA und EU haben ganze Regionen ins Chaos gestürzt, Tod, Elend und Flüchtlingswellen erzeugt. Alle paar Sekunden verhungert ein Kind auf dieser Erde - und die Rüstungsindustrie boomt. Die Waffenlieferungen von heute erzeugen die Flüchtlingsströme von morgen. In eine waffenstarrende Region wird noch mehr Kriegsmaterial gepumpt. Es müsste es einen Sturm der Entrüstung geben.



Derzeit fliegen die Eurofighter wieder extrem laut. Da wird man bei jedem Drüberdonnern daran erinnert, wie korrupt es beim Kauf der Flieger zugegangen ist.

Ferien mit Kinderland!

Ferienaufenthalte am Turnersee in Kärnten und in St. Radegund bei Graz

Anmeldung und Information:

KPÖ Knittelfeld-Spielberg

Tel.: 03512/82240

Hartz IV in Österreich - eine gefährliche Drohung!



Vor ein paar Wochen wurde bekannt, dass das Finanzministerium eine Studie in Auftrag gegeben hat. Untersucht wurde, was das deutsche Hartz IV System auf Österreich umgelegt bedeuten würde.

Hartz IV ist eine brutale Kürzung des Arbeitslosengeldes. Die Sozialhilfe wurde mit dem Arbeitslosengeld zusammengelegt. Vor Hartz IV richtete sich der Anspruch - wie jetzt bei uns in Österreich - nach dem bisherigen Einkommen. Jetzt bekommen Arbeitslose in Deutschland nach einem Jahr nur mehr rund 400 Euro im Monat und Geld für Miete und Heizung. Auch der Berufsschutz wurde ausgehebelt.

In Österreich würde Hartz IV die Abschaffung der Notstandshilfe bedeuten. Wer längere Zeit arbeitslos ist, würde die Mindestsicherung bekommen. Die ist zumeist niedriger, bezieht sich nicht auf das letzte Einkommen und darf erst bezogen werden, wenn das

Privatvermögen weniger als 4.200 Euro beträgt. Außerdem zählt der Notstand als Ersatzzeit für die Pensionsberechnung.

Laut Studie würde sich der österreichische Staat über eine Milliarde Euro im Jahr sparen, die Zahl der Armutsgefährdeten würde steigen. Das Finanzministerium beschwichtigt: Man habe die Studie bereits vor zwei Jahren in Auftrag gegeben und plane in Österreich keine Umsetzung.

Laut dem „Standard“ wurde die Studie aber erst im April 2016 beauftragt. Das Finanzministerium steht unter der Führung von ÖVP-Minister Hans Jörg Schelling, der durch den Verkauf seiner Anteile an der Lutz-Gruppe zum Millionär wurde. Er hat sich bereits für ein Hartz IV Modell für Österreich ausgesprochen.

Die Reichen werden immer reicher, bei der Besteuerung von Gewinnen und Vermögen ist Österreich Schlusslicht, seit dem EU-Beitritt sinken die Löhne und Gehälter - und im Finanzministerium gibt es durch Steuergeld finanzierte Studien, wie man den Menschen noch mehr wegnehmen könnte.

Die SPÖ kritisierte den ÖVP-Finanzminister für die Studie. Was dabei aber verschwiegen wird: In Deutschland wurde Hartz IV unter der Regierung von SPD und Grünen eingeführt. Alle österreichischen Parlamentsparteien stehen auf dem Boden eines neoliberalen Kapitalismus, dessen Turbomotor die EU ist. Nach den Wahlen wird man sehen, was für soziale Grausamkeiten noch in der Schublade sind.



MITMACHEN!



Ändere die Welt - Sie braucht es

Wofür steht die KPÖ?

Nichts muss so bleiben wie es ist. Damit der Kapitalismus uns und die Erde nicht an die Wand fährt, brauchen wir grundsätzliche Veränderungen. Menschenwürde, Frieden, Völkerverständigung, Freiheit, Gleichheit und Solidarität dürfen kein unerfüllbarer Traum sein. Dafür kämpfen wir. Widerstand gegen das kapitalistische System ist dringend geboten

Elke Kahr:

Mieten und Betriebskosten, Öffentlicher Verkehr, der tägliche Einkauf, Strom, Heizung... Alles wird immer teurer. Die Lohnabschlüsse und Pensionserhöhungen bleiben hingegen hinter der Inflation zurück. Nur die KPÖ macht konkrete Vorschläge, wie diese Teuerungslawine aufzuhalten ist.

Ernest Kaltenegger:

Zu einem würdigen Leben gehört ein gesicherter Arbeitsplatz. Jeder Mensch muss die Möglichkeit bekommen, sich seinen Fähigkeiten entsprechend zu entwickeln und von seiner Arbeit menschenwürdig leben zu können.

Mitmachen!

Noch nie wurde so viel Reichtum geschaffen wie heute. Trotzdem ist der Großteil der Bevölkerung von sinkender Kaufkraft und steigenden Preisen betroffen. Die Armut nimmt zu, aber auch der Reichtum einiger weniger. Das muss nicht so sein. In einer Gesellschaft muss das Wohl aller und nicht der Profit im Mittelpunkt stehen. **Dafür treten wir ein, und mit DIR sind wir stärker!**



Sie wollen mitmachen? Wir freuen uns auf Sie!

Kontakt: KPÖ-Knittelfeld-Spielberg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld, Tel: 03512/8 22 40, E-Mail: kpo.knittelfeld@aon.at

Nationalratswahl: **Claudia Klimt-Weithaler** ist steirische **KPÖ-Spitzenkandidatin**



Die KPÖ-Steiermark hat **Claudia Klimt-Weithaler** als steirische Spitzenkandidatin für die Nationalratswahl im Oktober gewählt.

Claudia Klimt-Weithaler wurde in Fohnsdorf geboren und arbeitete bis 2010 in der Jugendarbeit und Erwachsenenbildung, zuletzt als Leiterin einer Kinderkrippe.

Sie hat zwei Töchter. 2005 zog sie für die KPÖ in den steirischen Landtag ein, 2010 folgte sie Ernest Kaltenegger als Klubchefin nach.

Claudia Klimt-Weithaler: „Eine Stimme für die KPÖ ist auch bei der Nationalratswahl keine verlorene Stimme. Wir haben in der Steiermark gezeigt, dass eine andere Politik möglich ist. Ich bin davon überzeugt, dass sich sehr viele Menschen diese Politik auch auf Bundesebene wünschen.“

Schwerpunkte werden die Themen „Arm und Reich“, soziale Gerechtigkeit und Wohnen sein. Die KPÖ führt derzeit eine bundesweite Kampagne für die Senkung der explodierenden Wohnkosten durch. Mit dieser parlamentarischen Bürgerinitiative möchte die KPÖ den Druck auf die kommende Bundesregierung erhöhen, die lange versprochene, aber nie umgesetzte Mietrechtsreform in Angriff zu nehmen.

Österreich ist europaweit eines der Länder mit den am schnellsten steigenden Wohnkosten. Dass Menschen mehr als zwei Drittel ihres Einkommens für Miete und Betriebskosten ausgeben, ist keine Seltenheit mehr.

In Österreichs politischer Landschaft ist einiges in Bewegung geraten. Die Inszenierungen und Streitereien zeigen, dass es nur um Posten und Einfluss geht. Die alltäglichen Probleme der Menschen treten in den Hintergrund. Deshalb braucht es eine verlässliche Kraft wie die KPÖ, die die soziale Frage auch dann nicht vergisst, wenn der Wahlkampf vorbei ist.

Wohnen darf nicht arm machen

Jeder Mensch hat das Recht auf leistbares, sicheres, zeitgerechtes Wohnen.

Parlamentarische Bürgerinitiative an den Österreichischen Nationalrat

Die Regierung hat uns ein modernes und soziales Mietrecht versprochen. Dieses Versprechen wird nicht eingehalten. Immer mehr Menschen können sich Mieten und Betriebskosten nicht mehr leisten. Vermieter, Makler, Wohnbaugesellschaften und Spekulanten machen große Gewinne aus dem Geschäft mit der steigenden Wohnungsnot.

Wir fordern:

- Einheitliche, niedrigere Obergrenzen für Mieten!
- Abschaffung der Maklerprovision für Mieterinnen und Mieter!
- Keine Privatisierungen öffentlichen Wohnraums!
- Ausweitung des kommunalen, öffentlichen Wohnbaus!

Mit Ihrer Unterschrift tragen Sie dazu bei, die Regierung an ihre eigenen Versprechen zu erinnern. Diese Forderungen werden auch von Arbeiterkammer, Gewerkschaft, Mieterschutzorganisationen, und Seniorenverbänden erhoben.

Setzen wir gemeinsam ein Zeichen für leistbares Wohnen!

Name	Adresse	Geburtsdatum	Datum	Unterschrift

**Bitte einsenden an: KPÖ-Knittelfeld-Spielberg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld
Wir schicken auch gerne Unterschriftenlisten zu, Tel: 03512/82240**